



Ansprechpartner: Geschäftsstelle Rosenheim
Telefon: 08031 80918-10
Telefax: 08031 80918-19
E-Mail: Rosenheim@
BayerischerBauernVerband.de

Datum: 21.04.2020

Positionspapier des Bayerischen Bauernverbandes, Kreisverband Rosenheim, zum Bau des Brenner-Nordzulaufs

Für das genannte Bauvorhaben erklären wir hiermit als Vertreter der örtlichen Landwirtschaft unsere Position:

Zuerst kritisieren wir die mangelnde Informationspolitik der Deutschen Bahn und der Politik an die gesamte örtliche Bevölkerung. Wir halten es für zwingend notwendig, dass wir und die Bürger vor Ort in die Planung mit einbezogen werden. Zudem sollte der Dialog mit dem Bürger nicht zeitlich versetzt voneinander stattfinden, sondern gleichzeitig. Konkret: nicht mal die von der Bahn initiierten Gemeindeforen im Landkreis Rosenheim sind auf demselben Wissensstand. Die Planungen laufen dennoch unbehelligt weiter.

Für unsere Region ist kein Nutzen aus der Neubaustrecke erkennbar. Unser Landkreis wird ausschließlich durch weiteren Transitverkehr belastet.

Nach wie vor fordern wir jedoch, dass zuerst realistische Zahlen für das Zugaufkommen ermittelt werden. Für die Planung muss belastbares Zahlenmaterial herangezogen werden, kein gewünschter Bedarf an Zugverbindungen oder ein gewünschter Bedarf der Bundesbahn. Unsere Forderung ist ganz klar, dass hier ein möglichst unabhängiges Gutachten erstellt wird. Dabei sollten keine Zahlen errechnet werden, die das Bauvorhaben rechtfertigen, sondern eine realistische Prognose über das Personen- und Güterzugverkehrsaufkommen der Zukunft. Wir sind von dem ansteigenden Bedarf an Güterzügen nicht überzeugt, da es kein realistisches Gutachten dafür zu geben scheint. Auch wird augenscheinlich in den bisherigen

.../2

Planungsdaten nicht die Zugstreckenentlastung durch die Erschließung der Bahntrasse über den Gotthard-Tunnel berücksichtigt. Zudem darf innerösterreichischer Verkehr nicht auf Kosten unserer Region auf neuen Schienen über unseren Landkreis geleitet werden.

Des Weiteren ist es unserer Meinung nach wichtig, dass unsere guten Wirtschaftsflächen ebenso geschont werden wie Naturschutz- und FFH-Flächen und auch planungstechnisch dieselbe Wertigkeit besitzen. Bisher ist es so, dass Naturschutz- und FFH-Flächen von öffentlichen Planvorhaben so weit wie möglich verschont und vorrangig unsere wertvollen Wirtschaftsflächen überplant werden. Unsere Wirtschaftsflächen sichern aber unsere Existenzgrundlage und sorgen gleichzeitig für eine regionale Lebensmittelproduktion. Es sollte nicht selbstverständlich sein, dass diese vorrangig überplant werden.

Wir als Landwirte haben nur Nachteile von diesem Bauvorhaben. Unsere Flächen, unsere Existenzgrundlage, geht verloren. Nicht nur durch das Bauvorhaben an sich, sondern auch durch die Ausgleichsflächen. Gerade im Inntal sind keine Flächen mehr vorhanden, um auch noch Ausgleichsfläche zu schaffen. Hier besteht grundsätzlich und kompromissloser Bedarf, dass neue Konzepte erarbeitet werden oder die Schaffung von Ausgleichsflächen ganz ausgesetzt wird. Jeglicher bestehende rechtliche Rahmen muss hier ausgeschöpft werden. Tunnellösungen, seien sie bergmännisch oder in offenbauweise realisiert, dürfen keine Ausgleichsflächen erfordern. Zudem sollte jeder Meter Tunnel als Ausgleich für oberirdische Anlagen anrechenbar sein.

In den bisherigen Verhandlungen wurden wir von vielen gewählten Volksvertretern enttäuscht. Von Seiten der Politik erwarten wir klare Auskünfte und Unterstützungen. Es ist Aufgabe der politischen Vertreter auf allen Ebenen, die Sorgen und Nöte ihrer Bürger von Anfang an ernst zu nehmen. Hier werden unsere Belange als hauptbetroffene Grundstückseigentümer oft nicht wahrgenommen und respektiert.

Darüber hinaus werden unsere Einzelhoflagen beim Bau von Lärmschutzmaßnahmen usw. immer außen vorgelassen und nicht berücksichtigt. Auch wir sind Menschen, die von Verkehrslärm beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für schon bestehende Trassen. Hier sollten die gleichen Standards wie bei einem Neubau zum Tragen kommen.

Zusätzlich würden der Bau der Trasse und auch später die Trasse selbst in unserer Region, die eine beliebte und stark frequentierte Tourismusregion ist, Besucher abschrecken. Unsere lokalen Landwirte haben oftmals ein weiteres Standbein, wie z.B. Beherbergungsbetriebe oder Urlaub auf dem Bauernhof. Wir und die weitere Tourismus- und Gaststättenbranche erleiden massive finanzielle Einbußen, wenn Besucher und Urlauber ausbleiben.

Weiterhin ist es untragbar, dass unser Nachbarland Österreich eine schnelle Zugverbindung Innsbruck – Salzburg gerne auf bayerischem Boden umgesetzt haben möchte. Hier muss von politischer Seite dagegen gehalten werden.

Für die Landwirte in Rosenheim kommt einzig und alleine eine möglichst durchgehende Tunnellösung in Frage. Ausschließlich solch eine Variante findet bei uns Akzeptanz, da somit unsere so wertvollen Flächen und unsere Heimat geschützt sind. Auch unsere heimisch lebenden Wildtierbestände sind auf eine Tunnellösung angewiesen.

Demzufolge würde eine Tunnellösung auch politischen Beschlüssen der jüngsten Vergangenheit gerecht werden. Hierzu zählt u.a. überregional das Pariser Klimaabkommen, sowie regional der Koalitionsvertrag der bayerischen Staatsregierung, bei denen die Reduzierung des Flächenverbrauchs festgeschrieben ist.

Wenn der Brenner-Nordzulauf umgesetzt wird, fordern wir eine größtmögliche Tunnellösung und nur in absoluter Ausnahme kurze oberirdische Bauwerke. Hier ist der oberirdische Flächenverbrauch am geringsten. Auch der Bedarf an Ausgleichsflächen muss massiver minimiert werden als es bei momentanen Baurealisierungen der Fall ist. Eine Tunnellösung bietet den besten Lärmschutz für uns Rosenheimer. Der beste Bürgerschutz sollte wichtiger sein als die Einsparung von Kosten, vor allem da die Strecke uns nur belastet und uns selber nichts bringt außer Ärger.

Josef Bodmaier
Kreisobmann

gez. Katharina Kern
Kreisbäuerin